

Rabener Anzeiger

Lokal- und Anzeigebblatt für Rabenau und Umgegend.

Erscheint Mittwoch und Sonnabend.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark,
wöchentlich 25 Pfg., einzelne Nr. 13 Pfg.

Im Falle höherer Gewalt (Krieg oder sonstiger Störungen des Betriebes der Zeitungen, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten) hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Stadtgemeinderats, sowie des Schul- und Kirchenvorstandes zu Rabenau.

Schriftleitung, Druck und Verlag
von Hermann Marbeck in Rabenau.

Anzeigen: einsp. Zeile 15 Goldpfennig,
(ausw. 30 Pfg.), Reklamen 50 Pfg.

Von uns unbekanntem Auftraggebern Anzeigen nur gegen Vorauszahlung.

Anzeigen werden an den Erscheinungstagen bis spätestens vormittags 10 Uhr erbeten.

Für Fehler in durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung.
Gemeindevorstands-Biro-Konto Rabenau Nr. 33.

Nummer 103.

Fernsprecher: Amt Freital 129

Sonnabend, den 27. Dezember 1924.

Drahtanschrift: Anzeiger

37. Jahrgang.

Die nächste Nummer erscheint Mittwoch.

Hinsichtlich der Neujahrswünsche bitten wir diejenigen Inserenten, welche Abbestellungen oder Änderungen beabsichtigen, uns dies bis spätestens Montag, den 29. Dezember, mittags mitzuteilen; im anderen Falle werden wir die Anzeigen wie im vorigen Jahre aufnehmen. Auch werden bis dahin Neubestellungen von Neujahrswünschen angenommen.

Die Neujahrsummer erscheint Mittwoch, den 31. Dezember.

Lokales und Sächsisches.

Rabenau, den 27. Dezember 1924.

* Wieder einmal ist das holdseligste aller Feste, Weihnachten, vorüber und nur der in kinderreichen Familien schon arg gepländerte Christbaum, die beklemmende Ebbe im Geldbeutel und bei manchem eine Magenverstimmung erinnern noch an die Feiertage. Das Wetter war an beiden Feiertagen festlich und lud mit seinem leichten Frost und Sonnenschein ins Freie, und die Spaziergänger waren zahlreich. Der Wiedersportverkehr war verhältnismäßig gering. Von Vereinen boten am 1. Feiertag der Freie Turn- und Sportverein auf der Albert-Höhe ein Konzert, während am zweiten Feiertag im Amtshof der „Apollo“ unter Leitung seines Ehrenvorsitzenden A. Regel einer außerordentlich zahlreichen Zuhörerschaft ein Weihnachtskonzert bot, welches mit seinem feingewählten Programm die Zuhörer außerordentlich befriedigte.

* Eine Bekanntmachung des Finanzamts Freital betr. die Abgabe von Umsatzsteuererklärungen für 1924 veröffentlichen wir im amtlichen Teile, worauf wir noch besonders hinweisen.

* Die Militärrenten für Monat Januar gelangen diesmal schon am Sonnabend, den 27. Dezember, zur Auszahlung.

* Der heutigen Ausgabe liegt nochmals ein Prospekt

seinen Austritt aus der KPD. angezeigt und gleichzeitig sein Stadtverordnetenmandat niedergelegt hat.

Dresden. Das Ministerium des Innern wird für das Jahr 1925 die Abhaltung von Masken- und Kostümbällen nicht verbieten. Eingehende Besuche können genehmigt werden unter den üblichen Bedingungen.

Dresden. Flucht eines gefährlichen Einbrechers. Am 12. Oktober stand der 1898 zu Mülbitz bei Großhain geborene, erheblich vorbestrafte Arbeiter Alfred Kurt Hanke wegen einer Anzahl Einbruchs- und anderer Diebstähle vor dem Gemeinsamen Schöffengericht Dresden. Die Straftaten, wegen der sich der Angeklagte zu verantworten hatte, waren in der Weise begangen worden, daß Hanke als Hausierer oder Klingelfahrer auftrat. Soweit eine Verurteilung erfolgte, wurden vom Gericht drei Jahre sechs Monate Zuchthaus ausgeworfen. Vor wenigen Tagen erkrankten nun in der Gefangenenanstalt Dresden I eine Anzahl der dort untergebrachten Inhaftierten, darunter auch der vorgenannte Hanke, der am vergangenen Freitagabend mittels Krankentransportwagens nach dem Krankenhaus in Dresden-Friedrichstadt gebracht worden ist. Noch in derselben Nacht ist der gefährliche Dieb entwichen. Er konnte bisher nicht wieder aufgegriffen und festgenommen werden. Es wird lebhaft nach ihm gefahndet.

Dresden. Frau Prinzessin Joachim von Preußen, die Witwe des jüngsten Kaisersohnes, eine geborene anhaltische Prinzessin, hat sich mit Rittergutsbesitzer Leddo Bienert auf Rittergut Glaubitz bei Riesa an der Elbe, Oberleutnant der Reserve im früheren Königl. Sächsischen Husarenregiment Nr. 18, verlobt. Rittergutsbesitzer Bienert ist ein Sohn des Geheimen Kommerzienrates Bienert in Dresden-Plauen.

Meißen. Eine Zwangsversteigerung, die dem Finanzamt nichts einbringt. Am 30. November fand in Sch. eine Zwangsversteigerung statt, die auf Grund abgelehnter Steuerfindung anberaumt war. Es waren gepfändet worden 50 Schock Weizen, zwei junge Jungochsen und zwei Kalben. Die Versteigerung verlief resultatlos, da auf das Getreide gar kein und auf das Vieh derart niedrige Gebote erfolgten, daß der Zuschlag nicht erfolgen konnte. — Das ganze ist ein betrüblicher Vorgang, betrüblich für die Finanzbehörde, die leer ausging.

zu einem Handgemenge, wobei einer der Diebe von W. durch einen Dolchstoß verletzt wurde. Es kamen bei den Diebstählen vier Personen in Frage. Nicht weniger als 34 Zentner Äpfel sollen den Dieben in die Hände gefallen sein.

Leipzig. Unter der Fleißnerschen Kulturherrlichkeit in Sachsen war in Leipzig-Connewitz eine Versuchsschule entstanden, in der sozialistische Lehrer auf Kosten der Ausbildung der ihnen anvertrauten Schulkinder allerlei Experimente machten. Die Weigerung eines Justizoberwachmeisters, seinen Sohn weiter als sozialistisches Versuchskarnickel in diese Schule zu schicken, hatte einen Prozeß zur Folge, der jetzt in seinem ganzen Instanzenzug erschöpft ist und dessen endgültige Feststellung dahingehet, daß diese Anstalt keine Volksschule im Sinne des Uebergangsschulgesetzes ist. Die Erziehungs- und Lehrziele, die das Gesetz fordert, habe die Versuchsschule nicht erreicht. Der Beschluß der städtischen Kollegien zu Leipzig, für die Versuchsschule den Schulzwang festzusetzen, wurde als unzulässig erklärt und der Justizoberwachmeister freigesprochen.

Dörnthal. Dem in der Schubertischen Fabrik an der Kreisfäße beschäftigten Arbeiter Meusel flog ein Stück Holz derart an den Kopf, daß das Gehirn bloßgelegt wurde. Der Schwerverletzte wurde in das Bergamt Freiberg gebracht.

Produktenbörse zu Dresden

vom 22. Dezember 1924.

Amliche Notierungen. Preise in Goldmark. Weizen 22,10 bis 22,60. Roggen, inländischer, 22,30 bis 22,80. Sommergerste 26,00 bis 28,00. Wintergerste 20,50 bis 24,00. Hafer, 18,50 bis 19,00, beschädigter 15,50 bis 18,40. Raps 38,50 bis 39,50. Mais 22,00 bis 22,50, kleinkörnig 23,50 bis 25,00. Wicken — bis —. Lupinen, blaue, — bis —, gelbe — bis —. Peluschken — bis —. Erbsen — bis —. Rotklee 240 bis 275. Trockenschnitzel 11,50 bis 12,00. Zuckerschnitzel 18,00 bis 20,00. Kartoffelslocken 21,50 bis 22,00. Weizenkleie 14,10 bis 14,60. Roggenkleie 13,90 bis 14,40. Bäckermundmehl 39,50 bis 41,00. Inlandsmehl, Type 70 % 34,00 bis 36,00. Roggenmehl, Type 70 % 35,50 bis 37,50. Feinste Ware über Notiz. Die Preise verstehen sich per 100 Kilogramm Rot-

Die Not um die Regierungsbildung.

Der Reichsaussenminister als Führer der Deutschen Volkspartei hat den ihm gewordenen Auftrag des Reichspräsidenten zur Bildung einer neuen Regierung gemäß dem Ergebnis der letzten Reichstagswahl wieder in die Hände des Reichspräsidenten zurückgelegt. Diese Stellungnahme des Reichsaussenministers wurde bedingt durch die Erklärung der Deutschen Volkspartei, einerseits an dem Gedanken des sogenannten Bürgerbündnisses festzuhalten unter Ablehnung eines Wiederauflebens der sogenannten „Großen Koalition“, andererseits durch den Beschluß des Zentrums, an keiner Regierung sich zu beteiligen, die in ausgesprochenem Gegensatz zur Sozialdemokratie steht. Das heißt mit anderen Worten: die Lage ist zur Stunde ebenso böse ungeklärt wie vordem. Ob, wenn diese Stellen zu Gesicht unserer Leser kommen werden, sich schon die Umrisse einer neuen Regierungsbildung im Reich zeigen werden, kann man nicht wissen. Immerhin erscheint eine baldige Klärung der nicht erfreulichen Krise mehr wünschenswert als wahrscheinlich. Ob sich das Zentrum dazu entschließen wird, mit den Demokraten und der Sozialdemokratie zusammen eine Minderheitsregierung zu bilden, steht im gegenwärtigen Augenblick noch nicht fest. In einem solchen Falle würden die Sozialdemokraten entweder eine Kanzlerschaft Dr. Brüning oder aber die Rückkehr des Reichskanzlers Dr. Brüning wünschen. Daß ein Sozialdemokrat den Kanzlerposten übernimmt, erscheint vorläufig noch Lage der Dinge noch ausgeschlossen.

Die Situation kann mit jeder Stunde eine neue Gestalt annehmen, leider ist aber verweilt wenig Aussicht vorhanden, daß man diese neue Gestalt als eine Art gesunder Klärung wird ansprechen können. Erschwert wird diese Lösung, über die sich das Ausland, besonders Frankreich, bereits lustig macht, wesentlich durch zwei Punkte: einmal dadurch, daß sich logischer Weise die beiden Hauptfronten, der Rechtsblock und der Linksblock, geschlossen feindselig gegenüberstehen, ohne selbst über eine alleinige ausreichende Wehrhaft zu verfügen, zum anderen Male dadurch, daß der ruhende Pol bei dieser Regierungsbildung im neuen Deutschland, der Reichspräsident, dem man bei der Regierungsbildung im Mai — ob mit Recht oder Unrecht, sei dahin gestellt — einen nicht unerheblichen Einfluß zuschob, augenblicklich durch den unerfreulichen Magdeburger Prozeß immerhin soweit moralisch belastet erscheint, daß sein diplomatisches Wirken in dieser Frage sicherlich stark behindert wird. Das Zentrum hat in der Sitzung der Reichstagsfraktion, die wesentlich mit zu dem Ablehnungsbeschluß des Reichsaussenministers beitrug, festgelegt, daß es sich an einer Rechtskoalition schon darum nicht beteiligen könne, weil es dann gewissermaßen ein Anhängel der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei sein würde. Ob nun aber das Zentrum bereit sein wird, ebenso einseitig nach ihrer Rechnungsaufmachung sich auf Seite der Linken zu stellen, erscheint immerhin recht zweifelhaft. Das Zentrum wird bei einer derartigen Politik immerhin mit einem recht starken Widerstand in seinen eigenen Reihen zu rechnen haben. Und dieser Widerstand dürfte wiederum ohne jeden Zweifel eine nicht zu unterschätzende Zuspitzung erfahren, durch die unangenehmen Verhältnisse, die der Magdeburger Prozeß in die an und für sich schon recht gemühten Atmosphäre getragen hat.

Was nun aber auch das Zentrum tun wird — es ist jetzt das Jüngste an der Woge in des Wortes verwegener Bedeutung — so viel steht wohl zur Stunde fest: wir können uns in unseren parlamentarischen Reichsgeschäften auf eine längere, latente Krise einrichten. Der Reichspräsident hat nun am Donnerstag vormittag den Führer der Bayerischen Volkspartei, Reich, und den bisherigen Reichskanzler Dr. Brüning als Vertreter des Zentrums empfangen. Die einzelnen Fraktionsführungen jagten sich im Reichstage. Dr. Brüning begab sich bald nach seiner Unterredung mit dem Reichspräsidenten in den Reichstag, um mit den einzelnen Parteiführern nochmals Führung zu nehmen. Wenn es auf der einen Seite also nicht unwahrscheinlich erscheint, daß wir nun in eine Linksregierung hineinmanövriert werden, so kann man ebenso mit der Wahrscheinlichkeit rechnen, daß man bei den unsicheren Mehrheitsverhältnissen nach der Linksorientierung wieder zum Gedanken der Rechtskoalition zurückgreifen müssen. Keine Aussicht auf eine uns so dringend nötige Stetigkeit, sondern nur Aussicht auf latente Krisen.

Das Ausland, an der Spitze Frankreich, macht sich bereits, wie eingangs dieser Zeilen erwähnt, über diese Schwierigkeiten bei der neuen Regierungsbildung in Deutschland

weidlich lustig. Die Pariser Presse stellt höhnend fest, daß keine der politischen Parteien die Verantwortung für die Übernahme der Regierungsgeschäfte übernehmen wolle. Ja sie, die Treiberin im Streit dieser Tage, schämt sich nicht, höhnend zu sagen: „Keine Partei wolle für eine Verlängerung der Besetzung Kölns verantwortlich gemacht werden.“ Und im „Gaulois“ heißt es ebenfalls sehr sarkastisch: „Deutschland fehle entweder ein Diktator aus der Schule Bismarcks oder ein Diplomat von der Art Villows, um das schwierige Problem zu lösen. Noch sei dieser seltene Vogel nicht gefunden und es sei wenig wahrscheinlich, daß Präsident Ebert denselben entdecken werde.“

Wir Deutsche haben in unserer gegenwärtigen Notlage auf nationalpolitischen wie wirtschaftlichem Gebiete keine Veranlassung, uns mit diesen beiden Ungeheuerigkeiten Frankreichs, außer einer Registrierung, weiter zu befassen; oder wir wollen doch mit aufrichtigem Bedauern feststellen, daß es wiederum trotz der Not der Welt nicht gelungen ist, eine einigende Linie der Auffassung der Dinge zu finden.

Die Vergewaltigung des Deutschtums in Südtirol.

Vor dem Frieden von St. Germain, als das deutsche Südtirol noch österreichisches Kronland war, gab es in den italienischen Gebietsanteilen Südtirols eine Menge italienischer Kindergärten, Volksschulen, Gymnasien und Lehrerbildungsanstalten mit italienischer Unterrichtssprache. Ja, sogar eine besondere italienische Rechtsakademie errichtete man auf rein deutschem Boden. So kam man damals der nationalen Minderheit entgegen. Was aber tut der Faschismus heute, nachdem das deutsche Südtirol an Italien gefallen ist? Folgenden Aufsatz lesen wir in Nr. 93 des „Burggräblers“, der in Meran erscheinenden deutschen Zeitung vom 19. November:

„Wo ist, fragen wir, ein ähnliches Entgegenkommen der italienischen Regierung und Regierungskreise unserer deutschen Bevölkerung innerhalb der neuen Grenzen des Königreiches gegenüber je zu spüren gewesen? Eine eigene Universität haben wir niemals gefordert. Aber gibt es vielleicht an einer einzigen Universität Italiens Lehrkanzeln für deutsche Paralleloberleistungen für die studierenden Söhne unseres Landes? Wie würde etwa die Antwort lauten, wenn wir eine solche Forderung stellten? Wir deutsche Bürger des Königreiches Italien müssen ganz anderes erleben. Wir sehen die Art an die Wurzeln unserer Mittelschulen gelegt, unsere Lehrerbildungsanstalten vernichtet, unsere deutschen Volksschulen ausgerottet, d. h. in italienische umgewandelt, ja selbst die Kinderbewahranstalten und Kindergärten, in die die Kleinen geschickt werden, die erst noch wenige Worte der eigenen Muttersprache zu lassen vermögen, zu Zerstörungs- und Vernichtungsanstalten gegen unsere Sprache und unser nationales Leben umgebaut. Unsere Lehrer, Lehrerinnen und Kindergärtnerinnen werden stellenlos, an ihre Stelle treten volks- und sprachfremde Leute mit der Aufgabe, unsere Sprache und unser Volkstum bereits im Kleinen, im Kinde, in der Jugend zu verdrängen und zu ersticken und durch eine Sprache zu ersetzen, die die eigenen Eltern nicht kennen und nicht verstehen. Der italienische Staat hat sogar die Errichtung und Erhaltung von Privatschulen mit deutscher Unterrichtssprache verboten, straft sogar deutsche Eltern, wenn sie Kinder in eine deutsche Schule auswärts schicken, wie es im Unterland geschehen ist. Und wir müssen das alles, was man uns antut, mit unseren im Schweiße unseres Angesichts hart erarbeiteten Steuergeldern selber bezahlen.“

Dieser Notruf unserer deutschen Brüder reißt sich an die vielen anderen, die aus deutschen Grenzgebieten zu uns dringen. Überall sehen wir das Recht der deutschen Minderheit in brutalster Weise vergewaltigt, ohne daß sich auch nur eine Stimme gegen den unerhörten Bruch des einst von Wilson feierlichst gepriesenen Selbstbestimmungsrechts der Völker erhebt.

Vor einer neuen Marokkotrife.

Raum ist die unheilvollere Atmosphäre, in der sich die ungelösten politischen Probleme bewegen, durch die Beilegung des Zwischenfalles in Kaldo von einem — so scheint es wenigstens — Explosivstoff befreit, da leuchten schon wieder jauchende Blitze am weltpolitischen Himmel auf.

Täglich hören wir durch die französische Presse von dem Rückzug der Spanier in Spanisch-Marokko, der einer völligen Niederlage Spaniens gleich-

kommt. Allerdings wollen wir berücksichtigen, daß all diese Meldungen sicher mit einem starken Ton französischer Pressefärbung durchsetzt sind, aber so sehr auch die spanische Zensur darauf bedacht ist, die wirklichen Tatsachen zu verschleiern, die Zweifel auf die innerpolitischen Verhältnisse in Spanien von weittragender Bedeutung werden, so ist doch kein Zweifel mehr, daß Spaniens Marokkopolitik zusammengebrochen ist. Doch nicht genug damit. Aus diesem spanischen Zusammenbruch scheint sich ein neues internationales Problem herauszukristallisieren, ein Problem, an dem die meisten europäischen Großmächte interessiert werden. In Frankreich steht zurzeit die Marokkofrage vor allen anderen weit im Vordergrund. War es schon auffallend, daß gerade Frankreich vom ersten Tage an über den spanischen Rückzug lange Berichte gab, so scheint jetzt das wahre Gesicht, das sich dahinter verbirgt, hervorzutreten. Die afrikanischen Stämme der Andjera bedrohen bereits Tetuan und Tanger und bilden eine große Gefahr für die spanischen Rückzugstruppen. Der Hauptling Abd el Krim ist Herr der Lage. Unter diesen Verhältnissen beginnt auch die Lage für Frankreich in Französisch-Marokko bedrohlich zu werden. Die Missionen haben in ihren Kämpfen gegen die Spanier genügend Waffen erobert, um zu einem Angriff auf Französisch-Marokko gerüstet zu sein. Die spanische Macht kann als völlig gebrochen angesehen werden. Damit beginnt die Marokkotrife zu einer internationalen zu werden. In dem Algeiras-Abkommen und auch dem Vertrage von 1912 verpflichtete sich Spanien, die Sicherheit in Spanisch-Marokko aufrechtzuerhalten. Die spanische Macht scheint dazu nicht mehr imstande. Somit scheint sich die Frage zu ergeben, ob nicht die Mächte, die das Algeiras-Abkommen unterzeichneten, zu einer Intervention schreiten müssen. In Marokko treffen namentlich die Interessen Spaniens, Frankreichs, Englands und Italiens zusammen. Vor allem ist Frankreich darauf bedacht, seine Macht in Marokko nicht sich schmälern zu lassen, ja, wenn möglich, das Gebiet, das es 1912 nur ungern Spanien überließ, wiederzuerhalten. Frankreich ist also der Hauptinteressent. Daneben könnte sich aber auch in England die alte Sehnsucht nach Tanger wieder melden. Tanger liegt dem englischen Stützpunkt Gibraltar an der Meerenge gegenüber und würde als englischer Besitz von unschätzbarem Wert sein für die völlige Beherrschung der Einfahrt in das Mitteländische Meer. Italien wiederum sucht neues Kolonialland und würde vielleicht gern das Erbe Spaniens in Marokko antreten. Deutschland und Österreich-Ungarn haben sich durch die Friedensverträge jeglichen Rechtes in diesen Fragen begeben. Der Augenblick ist also außerordentlich günstig, eine Neuverteilung des Gebietes in Marokko vorzunehmen, und somit wird auch Frankreichs Ruf nach einer neuen Algeiras-Konferenz, in der es für seine Machtpolitik neue Erwerbungen erstrebt, verständlich. Wir sehen hier also Probleme, die die internationale Politik ernstlich beschäftigen könnten, und wenn nicht alles täuscht, wird Marokko das größte weltpolitische Problem der nahen Zukunft sein.

Dr. M.

Der Zustand in Albanien.

Der Zustand in Albanien trägt den Charakter einer sorgfältig vorbereiteten Bewegung. Die letzten Meldungen bestätigen, daß Ahmed Bey Jogu die Führung des Aufstandes übernommen hat. In einem Aufsatze fordert er die Bevölkerung auf, sich dem Kampf gegen die Unterdrückung anzuschließen. In der Gegend von Tirana spielte sich ein heftiger Kampf ab. Die Regierungstruppen haben sich auf Tirana zurückgezogen, das von Norden her von den Truppenabteilungen Jena Veis bedroht wird, die bereits den Ort Kroca, 20 Kilometer von Tirana entfernt, besetzt haben. Die letzten Nachrichten aus Albanien besagen, daß die Aufstandsbewegung siegreich fortschreitet. Wie verlautet, seien der Finanzminister und der Ministerpräsident aus Tirana, dessen Kapitulation als unmittelbar bevorstehend angesehen werde, geflüchtet.

Deutschlands Entrechtung.

Im Januar des laufenden Jahres war zwischen der deutschen Regierung und der Replo eine Meinungsverschiedenheit über die Auslegung des Artikels 200 des Versailler Vertrages entstanden, der nach Auffassung der Replo bestimmt, daß die deutschen Interessen im Auslande und in den früheren deutschen Kolonien auf sie übertragen werden. Die deutsche Regierung vertrat den entgegengelegten Standpunkt, daß die Interessen der Kolonien von Frankreich